Militärausgaben ohne Grenzen

Zukünftig sollen 5 Prozent des BIP für „Verteidigung“ ausgegeben werden. Das sind 215 Milliarden Euro im Jahr und damit **fast der halbe Bundeshaushalt**.
Dafür werden enorme Schulden aufgenommen.
Die Zinsen werden sich auf 61,9 Milliarden Euro im Jahr 2029 mehr als verdoppeln. Die Folgen der Hochrüstung werden künftig noch drastischer sein.
Weiterer sozialer Kahlschlag wäre die Folge.

- Schluss mit Kriegstreiberei und Rüstungswahn
- Für eine friedliche Wirtschaftspolitik statt Deindustrialisierung
- Preisstopp für Lebensmittel und Energie
- Investitionen in Bildung und Infrastruktur
- Her mit Bürgerversicherung und Vermögenssteuer
- Nein zur Wehrpflicht

dkp-minden.de

Instagram: dkp_minden

DKP Minden

V.i.S.d.P.: R. Liebau, Hardenbergstr. 23, 32427 Minden

Was die Regierenden „Reformen“ nennen, ist der größte Sozialraub seit 1945.
Kranksein wird teurer, Kliniken rutschen noch mehr in die roten Zahlen, die Beschäftigten geraten unter Druck.
Wir sollen länger schuften und weniger Rente bekommen. Mit unseren Rentenbeiträgen soll spekuliert werden. Der Achtstundentag soll fallen, Befristungen auf 48 Monate verlängert werden. Das Wohngeld, die Unterstützung beeinträchtigter Menschen und die Pflegeleistungen sollen gekürzt werden. Jeder von uns ist betroffen.

Alles nur, um kriegstüchtig zu werden.
Bereiten wir Regierung und Großkapital einen heißen Herbst.
Streikfähig statt kriegstüchtig!

Schluss mit den Lügen von „Reformen“!

Wenn die Regierenden von „Reformen“ reden, meinen sie den Generalangriff zur Zerschlagung unserer Rechte.
Im Interesse der wenigen Superreichen und der großen Konzerne, im Interessen der Rüstungsprofiteure.

Widerstand gegen den Generalangriff!

Die Preise für Lebensmittel, Benzin und Energie sind so teuer wie nie, Mieten und Nebenkosten steigen. Die Armut explodiert, da die Politik der Preis- und Kriegstreiberei die Kosten von Energie und Lebensmitteln vervielfacht hat. Immer mehr Haushalte erleben Kündigungen oder Stromsperren.

Grafik: Arno Neuber / IMI

Jeden Monat werden 10.000 industrielle Arbeitsplätze vernichtet Alles wird der Schaffung von „Kriegsfähigkeit“ geopfert. Die Regierung will die größte konventionelle Armee in Europa aufbauen und nimmt dafür unbegrenzte Schulden auf.

Unsere Kinder und Enkel sollen wieder Kanonenfutter sein. Dafür wird die neue Wehrpflicht eingeführt und damit die Reisefreiheit für junge Männer eingeschränkt.

Wer dagegen den Mund aufmacht, erlebt Repression in Form von Sprechverboten oder anderen Einschränkungen der Meinungsfreiheit. Mit dem Umbau der Geheimdienste wird die Trennung zwischen Nachrichtendienst und Polizei aufgehoben.
Die Schnüffelei soll selbst vor Arztpraxen nicht halt machen. Die Militarisierung der Gesellschaft droht auch unsere demokratischen Rechte zu begraben.

Wir müssen auf den Rechtsruck der Bundesregierung mit Klassenkampf von unten antworten, bevor es zu spät ist.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) kämpft für eine Gesellschaft, in der alle Menschen in Frieden und in sozialer Sicherheit leben können, und ruft zur Teilnahme an den Protesttagen des DGB und der Friedensbewegung auf.

Der Russe war‘s!

Hochrüstung und Kriegsvorbereitung brauchten schon immer ein Feindbild. Aus Angst sollen wir tatenlos zusehen, wie unsere erkämpften Sozialsysteme und unsere demokratischen Rechte zerstört werden. Ein altes und leider bewährtes Rezept.
Schon vor dem ersten und zweiten Weltkrieg war der Russe der Angstgegner. Heute erleben wir eine Neuauflage.

Russische Vorschläge eines vertraglichen Gewaltverzichts werden nicht einmal erwähnt. Dafür ist jede irgendwo gesichtete Drohne eine russische. Beweise? Wurden bisher nie geliefert.
Ein russischer Angriff auf die NATO? Selbst die westeuropäischen NATO-Staaten sind Russland militärisch dreifach überlegen. Die Rüstungsindustrie lebt von Bedrohungslügen.